

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 73. JG, SEPTEMBER 2022

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Die Basis am Zug“

Über den Mitgliederentscheid
der SPÖ Oberösterreich
als Meilenstein

Seite 4



Gesellschaft:

Sozialdemokratische Antworten auf die Krisen unserer Zeit

Seite 6

Jugend:

Versorgungsengpässe bei psychosozialer Betreuung

Seite 10

Parteien:

Wie die ÖVP-Krise zur Krise für alle wird

Seite 12

Ein Stück Oberösterreich. Seit 130 Jahren.

Die Welt hat sich in den letzten 130 Jahren gewandelt. Auch wir haben diesen Wandel mitgeprägt: von der ersten Dampfzentrale in St. Wolfgang bis zum Ausbau des Glasfasernetzes. Doch eines werden wir immer bleiben:

Ein Stück Oberösterreich. Für das Land und die Menschen – einfach da.

Mehr Infos auf energieag.at



**130 PREISE
GEWINNEN:**
Eintauchen & Mitspielen!
Sichere dir die Chance
auf monatliche Gewinne
& attraktive
Hauptpreise!



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation stattfinden kann? Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere 300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen.



Folgen Sie uns auf Facebook &
 Instagram // @centrallinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen & zur Vermietung unter www.centrallinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199

Realitätscheck für die ÖVP-FPÖ-Regierungsmehrheit

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



An herausfordernden Themen und Problemen herrscht in Österreich im Sommer 2022 kein Mangel: nach wie vor Corona, dann der Ukraine-Krieg mit seinen Folgen, die massive Teuerungswelle, der drängende Klimawandel mit Hitzerekorden und Überflutungen oder die Ungleichheitskrise mit wachsender Armut und gleichzeitig steigenden Profiten. Diese Ballung an gesellschaftlichen Problemen als „Vielfachkrise“ ist eine große Herausforderung für Gesellschaft und Politik. Auf allen politischen Ebenen müssen die richtigen Antworten auf die vielfachen Bedrohungen gefunden und gegeben werden. Viele Regierungen und Parteien machen in diesen schwierigen Zeiten keine gute Figur. Verdrängen, Verleugnen, Verschieben und Kaschieren statt Lösen ist weit verbreitet.

Und in Oberösterreich? Da gibt es die aufgelisteten Probleme natürlich auch. Die Stelzer-ÖVP redet manchmal so,

als wäre das Bundesland eine heile Insel im Krisen-Meer. Sicher nicht. Globale Krisen treffen natürlich auch Oberösterreich. Gerade deshalb ist es wichtig (auch) in Oberösterreich engagierte und richtige Politik zur Bekämpfung der Krisen zu machen. Doch der Realitätscheck fällt für die ÖVP-FPÖ-Regierungsmehrheit peinlich aus. Von der passiven und uninspirierten Corona-Politik über mangelhafte Armutsbekämpfung bis zum geringen Engagement bei der Energiewende lassen sich Versäumnisse auflisten. Ja, selbst bei sehr viel regionaleren Themen passiert auf Ebene des Landes Oberösterreich wenig, beispielsweise beim Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen. Die Volkspartei von Landeshauptmann Stelzer und natürlich auch die Haimbuchner-Freiheitlichen lösen weder die „kleinen“ Landesprobleme, noch leisten sie einen Beitrag zur Überwindung der großen, globalen Herausforderungen.

Inhalt

- 4 **SPÖ:** Warum der Mitgliederentscheid der SPÖ Oberösterreich ein Meilenstein ist, erklärt Florian Koppler.

- 5 **Demokratie:** Über Wahlrecht und Staatsbürger:innenschaft schreibt Nora Waldhör.

- 6 **Gesellschaft:** Die sozialdemokratischen Antworten auf die Krisen unserer Zeit hat Michael Lindner.

- 8 **Interview:** Autorin und Momentum-Gründerin Barbara Blaha im Gespräch über multiple gesellschaftliche Krisen und deren Lösung.

- 10 **Jugend:** Versorgungsgpässe in der psychosozialen Betreuung von Kindern und Jugendlichen ortet Karin Leitner.

- 11 **Energiewende:** Dass die Energiewende in Oberösterreich auf sich warten lässt, kritisiert Thomas Antlinger.

- 12 **ÖVP:** Wie die Krise der skandalgeschüttelten ÖVP zur Krise für alle wird, decken Žarko Janković und Theresa Schobesberger auf.



6



8



10



12



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Katharina Gruber, Georg Hubmann, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser, Laura Wiednig

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 03/22, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2022, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Demokratie ist Teil unserer DNA

Die Basis am Zug: Über den Mitgliederentscheid der SPÖ Oberösterreich als Meilenstein.

FLORIAN KOPPLER

„Mehr innerparteiliche Demokratie zu etablieren, passiert nicht von heute auf morgen. Es ist ein Kulturwandel. Wir meinen das ernst, denn Demokratie ist nicht nur ein Teil unseres Namens, sondern ein Teil unserer DNA.“

So beschreibt Michael Lindner, geschäftsführender Vorsitzender und Vorsitz-Kandidat, seinen Anspruch an den Prozess der Mitgliederbeteiligung der SPÖ Oberösterreich. Zum ersten Mal in der Geschichte der Landespartei haben die Mitglieder die Chance, direkt über den Parteivorsitz und inhaltliche Schwerpunkte zu entscheiden.

Mitglieder entscheiden über die inhaltliche Ausrichtung

Gerade in Zeiten multipler Krisen ist es notwendig, als Sozialdemokratie mit bestem Beispiel voran zu gehen, wenn es um Partizipation und die Einbindung der Mitglieder geht. Die SPÖ gehört den Mitgliedern, wir verstehen sie als Inhaber:innen der Partei. Deshalb sollen sie den Weg und die Ausrichtung unserer Bewegung entscheiden können.

Wir haben uns in der Vorbereitung viele Gedanken um die Umsetzung gemacht. Und haben uns dabei viele Fragen gestellt: Wie schaffen wir es, dass die Informationen wirklich bei allen Mitgliedern ankommen? Wie können wir alle genau dort abholen, wo sie stehen? Geht das überhaupt?

Ja natürlich geht das! Indem wir dort hingehen, wo unsere Mitglieder sind. Ob in Form von Wahllokalen in ganz Oberösterreich, wo am 3. September – dem „Superwahlsamstag“ – abgestimmt werden konnte. Ob durch eine Mitgliederkampagne auf Social Media, durch persönliche Ansprache, Newsletter, Facebookgruppe oder Brief: Die positiven Rückmeldungen zeigen uns, dass unsere Mitglieder motiviert sind, ihre Partei zu gestalten. Je mehr mitmachen, desto stärker ist das Fundament, auf dem die oberösterreichische Sozialdemokratie gebaut ist.

Vision? Nur gemeinsam!

Als jemand, der in der Kommunal- und Stadtteilarbeit tief verwurzelt ist, ist mir bewusst, dass wir als Bewegung nur dann Visionen für eine menschliche, solidarische Gesellschaft entwickeln können, wenn wir auf Augenhöhe mit jenen zusammenarbeiten, die die politische Arbeit der SPÖ erst ermöglichen.

„Die Bedürfnisse und politischen Ansprüche sind so vielfältig wie unsere Bewegung. Und haben alle ihre Berechtigung.“

Wie ich aus vielen persönlichen Gesprächen weiß, gibt es eine ganze Palette an

DER AUTOR:

Florian Koppler ist Landesgeschäftsführer der SPÖ Oberösterreich.



Erwartungen, die unsere Mitglieder an die SPÖ haben.

Von Klimapolitik und Verteilungsgerechtigkeit über Frauenpolitik bis hin zu Digitalisierung und zur Stärkung des ländlichen Raums: Die Bedürfnisse und politischen Ansprüche sind so vielfältig wie unsere Bewegung. Und haben alle ihre Berechtigung. Als oberösterreichische Sozialdemokratie lassen wir jetzt unsere Mitglieder entscheiden, wie stark sie welches Thema gewichten wollen und wo sie sich weiteren Diskussions- und Klärungsbedarf erwarten.

Ich bin davon überzeugt, dass dies eine beispiellose Chance für die Sozialdemokratie ist und Nachahmer:innen finden wird.

INFOS ZUR WAHL

Am 3. September fand der Superwahlsamstag in Wahllokalen in ganz Oberösterreich statt.

Und nach dem 3. September?

Zusätzlich kann im September in den Bezirksgeschäftsstellen und online gewählt werden.

Unter dem Motto „Die SPÖ gehört den Mitgliedern“ haben es sich Michael Lindner und Florian Koppler zum Ziel gesetzt, die Partizipation der SPÖ-Mitglieder in Oberösterreich auf ein neues Niveau zu heben.



Wer hat die Wahl?

Rund 1,3 Millionen Menschen dürfen in Österreich nicht wählen – ein demokratiepolitisches Problem.

NORA WALDHÖR

Laut *Migrant-Integration-Policy-Index*, der weltweit 56 Länder in Bezug auf Migrations- und Integrationspolitik vergleicht, zählt Österreich zu jenen Ländern, in denen es am schwierigsten ist, die Staatsbürger:innenschaft zu erhalten. Das liegt an den vielen Hürden im österreichischen Einbürgerungsgesetz. Beispielsweise ist die Staatsbürger:innenschaft für ein hier geborenes Kind an die der Eltern gekoppelt. Außerdem ist der Erwerb mit hohen Kosten – je nach Bundesland bis zu 2.000 Euro pro Person – und bürokratischem Aufwand verbunden.

In Österreich arbeiten? Ja! In Österreich wählen? Leider nein!

Daten der Statistik Austria aus dem Jahr 2019 (dem letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie) zeigen, dass in Österreich rund 4,4 Millionen Menschen erwerbstätig waren. Davon hatten rund 16 Prozent nicht die österreichische Staatsbürger:innenschaft. Doch es gibt große regionale Unterschiede: In Wien waren es sogar 30 Prozent.

Große Unterschiede gibt es auch zwischen den einzelnen ISCO-o8 Berufsgruppen, der internationalen Standardklassifikation für Berufsgruppen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Kategorien 5 - 9 enthalten Beschäftigte, die meist den Status „Arbeiter:in“ tragen. Zu diesen Kategorien zählen bspw. Handwerksberufe, Maschinenbediener:innen, Monteur:innen oder Hilfsarbeitskräfte.

2019 hatten österreichweit rund 50 Prozent der als Hilfsarbeiter:innen (ISCO-o8 Gruppe 9) beschäftigten Menschen nicht die österreichische Staatsbürger:innenschaft. Besonders hoch ist auch hier der Anteil in Wien mit 82 Prozent. Aber auch im Dienstleistungsbereich (ISCO-o8 Gruppe 5) haben österreichweit etwa jede vierte (24 Prozent) und in Wien jede zweite (49 Prozent) Person keine österreichische Staatsbürger:innenschaft.

Immer weniger Menschen werden durch die Politik vertreten

Weil das Wahlrecht an die Staatsbürger:innenschaft gekoppelt ist, dürfen viele der hier arbeitenden Menschen also nicht mitbestimmen, in welche Richtung sich das Land bewegt. Integration darf aber nicht nur das Ziel verfolgen, Arbeitsplätze möglichst schnell zu besetzen, sondern muss auch politische Rechte und Teilhabe beinhalten. Bereits jetzt leben rund 1,3

„Um einer modernen Demokratie, die politische Teilhabe und Repräsentation ermöglicht, zu entsprechen, muss das Wahlrecht von der Staatsbürger:innenschaft entkoppelt werden.“

Millionen Menschen im wahlfähigen Alter hier, die mangels österreichischer Staatsbürger:innenschaft nicht wahlberechtigt sind.

Um einer modernen Demokratie, die politische Teilhabe und Repräsentation ermöglicht, zu entsprechen,

DIE AUTORIN:

Nora Waldhör

hat Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz studiert und befindet sich in der Endphase des Masterstudiums *Comparative Social Policy and Welfare*. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Marie Jahoda – Otto Bauer Institut.



chen, muss daher das Wahlrecht von der Staatsbürger:innenschaft entkoppelt werden. Außerdem müssen der Zugang zur österreichischen Staatsbürger:innenschaft leichter gemacht und Hürden abgebaut werden. Ansonsten werden immer größere Teile der Bevölkerung nicht mehr durch die Politik vertreten, was zu Politikverdrossenheit führt und gefährlich für jede Demokratie ist.

Weil das Wahlrecht an die Staatsbürger:innenschaft gekoppelt ist, dürfen viele der hier arbeitenden Menschen nicht mitbestimmen, in welche Richtung sich das Land bewegt.



Gemeinsam sind wir stark!

Als Sozialdemokratie haben wir die richtigen Antworten auf die Krisen der Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft. Sprechen wir sie mit Selbstvertrauen aus!

MICHAEL LINDNER

Galoppierende Teuerung, Krieg in der Ukraine, Klimakrise, rasant steigende soziale Ungleichheit und Pandemie: Ein Konglomerat aus sich gegenseitig antreibenden Krisen, die eine ohnehin erschöpfte Gesellschaft noch mehr ermüden lassen. Menschen quer durch alle Bevölkerungsschichten – die oberen 10 Prozent, die sich's eh richten können, ausgenommen – empfinden wachsende Unsicherheit, die sich immer weiter verschärft.

Ein tiefer Riss zieht sich durch unser Land. Die Bereitschaft zum Zusammenhalt und einem solidarischen Miteinander verblasst immer mehr. Das Polarisieren, das Spalten und Hetzen gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen, aber auch Einzelpersonen ist zum Geschäftsmodell geworden: Zuerst der FPÖ, dann der ÖVP und jetzt der MFG. Mit fatalen Folgen: Einer Spirale, die uns alle nach unten reißt und die Demokratie Schritt für Schritt, Spalt für Spalt ausfranst, beschädigt, verblasen lässt. Was sind die Konsequenzen? Das ist beispielsweise in den USA zu beobachten: Eine republikanische Partei, die weiterhin Donald Trump unterstützt, während Selbstbestimmungsrechte von Frauen zerstört und hart erkämpfte Erregenschaften rückabgewickelt werden.

Unser Auftrag ist Mitgestaltung

Schauen wir nach Oberösterreich, so ist die wachsende Schiefelage auch hier

zu beobachten: Neben ökonomischen Wachstumspolen gibt es strukturschwache Regionen wie Rohrbach, Freistadt und Schärding, das Innere Salzkammergut oder Pyhrn-Eisenwurzen, die von erodierender Infrastruktur, sterbenden Arbeitsplätzen und Abwanderung bedroht sind. Darum ist die regionale Ungleichheit ein Thema, das ich nicht nur in Oberösterreich, sondern auch auf Bundesebene stärker einbringen möchte, wo ich den Vorsitz einer Arbeitsgruppe übernommen habe, die im kommenden Jahr ein Programm gegen die Ausdünnung des ländlichen Raums vorlegen wird.

Was können wir der Spaltung und der Erosion unserer Demokratie entgegensetzen? Ich beschreibe es mit einem Satz, der tief verwurzelt ist in den Erfahrungen und in der Geschichte der SPÖ wie auch der Gewerkschaftsbewegung. Eine Formel, die erklärt,

„Unsere Aufgabe war es schon immer, gemeinsam so stark zu sein, dass wir den bestehenden Machtverhältnissen die Stirn bieten können.“

warum es uns gibt: Gemeinsam sind wir stark. Es ist der Auftrag an uns als Sozialdemokrat:innen, uns zusammen-

DER AUTOR:

Michael Lindner ist geschäftsführender Vorsitzender und Klubobmann der SPÖ Oberösterreich.



zutun und Menschen dazu einzuladen, den Weg Seite an Seite mit uns gemeinsam zu gehen. Denn unsere Aufgabe war es schon immer, gemeinsam so stark zu sein, dass wir den bestehenden Machtverhältnissen die Stirn bieten können. Unser Auftrag ist, so stark zu sein, dass wir die Politik in Oberösterreich, ja in ganz Österreich mitgestalten.

Politik gegen die Angst

Wir stehen für einen aktiven Staat, ein aktives Land, das angesichts großer Herausforderungen – von der Klimakrise bis zur Digitalisierung – die notwendigen Veränderungen vorausschauend anpackt. Gut und stark ist ein Land dann, wenn es die Menschen nicht mit Problemen im Stich lässt. Ihnen Sicherheit gibt, vor allem auch soziale Sicherheit, deren zunehmender Verlust vielen Menschen so tief in die Seele schneidet, dass sie nachts nicht mehr schlafen können vor Angst.

Denn alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst. Und darum dürfen wir uns auch nicht scheuen, unsere Kernthemen noch stärker in den Vordergrund zu rücken und Worte wie Sozialstaat wieder selbstbewusst in den Mund zu nehmen. Das ist es, was den Menschen Sicherheit gibt. Eine gute Politik nimmt Ängste und schürt sie nicht.

Als sozialdemokratische Bewegung mitzugestalten und gemeinsam für soziale Sicherheit zu sorgen, sind die Kernanliegen von Michael Lindner.



Was bedeutet das konkret? Eine gute Arbeit, in der du wertgeschätzt wirst, die dich nicht krank macht und

„Eine gute Politik nimmt Ängste und schürt sie nicht.“

von deren Einkommen du sorgenfrei und gut leben kannst. Eine gute Zukunft für unsere Kinder, eingebettet in eine gleichberechtigte, sichere, freie und solidarische Gesellschaft, in der nicht einige wenige Reiche und Privilegierte aus purer Gier und Eigennutz Demokratie, Menschen und Umwelt zerstören. Nur weil sie's – gestützt von Parteien wie der ÖVP – einfach gewohnt sind, das zu können und zu dürfen.

Für die arbeitende Mehrheit

Als Sozialdemokratie muss es unser Anspruch sein, eine Politik für die arbeitende Mehrheit in der Mitte unserer Gesellschaft zu machen. Wie kann diese Politik aussehen? Das Fundament

dafür muss sein, dass die Menschen wieder dem Staat vertrauen können. Um das zu erreichen, braucht es ein funktionierendes Gesundheitswesen. Ordentliche Schulen für unsere Kinder und ein Öffi-System, das uns sicher und schnell von A nach B bringt. Eine Arbeit, von der man leben kann. Die große Mehrheit, hinter der wir stehen, will ein Österreich, wo Familien mit ihren Kindern in eine sichere Zukunft blicken können. Ein Oberösterreich, in

„Als Sozialdemokratie muss es unser Anspruch sein, eine Politik für die arbeitende Mehrheit in der Mitte unserer Gesellschaft zu machen.“

dem Frauen sich nicht mehr zerreißen müssen zwischen Arbeit und Kinderbetreuung und der Perspektive der Altersarmut. Ein Oberösterreich mit florierenden Ortskernen und einem Zusammenleben in Frieden. Und wo die

Politik vorausschauend handelt und vor allem Sicherheit bietet.

Die Sozialdemokratie wurde schon so oft totgesagt. Und doch sind wir noch da – weil wir gebraucht werden. Wir haben gezeigt, was geht, wenn Frauen und Männer, Jung und Alt, Arbeiter:innen und Akademiker:innen, Stadt und Land, hier Geborene und Hierhergekommene, gemeinsam, Seite an Seite für eine bessere Zukunft eintreten. Denn das ist es, was unsere Bewegung immer ausgemacht und erfolgreich gemacht hat.

Unsere Anliegen sind vielfältig, so vielfältig wie die Menschen in dieser Partei. Verbinden wir unsere Kämpfe und vertrauen wir einander so, wie Sozialdemokrat:innen das untereinander tun sollten. Es geht um die Zukunft einer Gesellschaft, die wie seit Jahrzehnten nicht an einem Scheideweg steht. Gehen wir gemeinsam mit denen, die uns brauchen, in die richtige Richtung.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

„Wir müssen die Notbremse ziehen“

Das Interview führte Bernd Dobesberger.

Bildungskurier: Multiple Krisen – so wird das immer wieder genannt – dominieren unseren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Alltag. Was sind für dich die bestimmenden Krisen, die gelöst werden müssen?

Blaha: Energie, Lebensmittel, aber auch Wohnen: Alles wird momentan massiv teurer, vor allem bei den Grundbedürfnissen. Viele Menschen können sich den Alltag schlicht nicht mehr leisten. Jene, die es schon davor nicht konnten, verzweifeln jetzt erst recht an der nächsten Stromrechnung, der nächsten Mietvorschreibung. Schon die Coronakrise hat uns die Lücken im sozialen Netz deutlich vor Augen geführt. Die Energiekrise, die die Preise jetzt nach oben treibt, reißt besonders dort große Löcher, wo es schon vorher solche Löcher gab. Und das sind einige: 1,3 Millionen Menschen in Österreich waren schon vor der akuten Teuerungskrise armutsgefhrtet, trotz Sozialleistungen. Gleichzeitig brennt uns der Boden im wahrsten Sinne des Wortes unter den Füßen weg. Die Klimakrise – eigentlich sollten wir schon längst von der Klimakatastrophe sprechen – ist da, die Politik schaut noch immer zu. Wollen wir weiter auf diesem Planeten leben, reicht es nicht, langsam politisch in die Gänge zu kommen – hier müssen wir die Notbremse ziehen.

Bildungskurier: Haben diese dominierenden Krisen für dich gemeinsame Ursachen, oder gibt es sie mehr oder weniger zufällig gleichzeitig nebeneinander?

Blaha: Die Teuerung ausgelöst, haben einerseits coronabedingte Lieferengpässe, andererseits der Krieg in der Ukraine, der Unsicherheit am Energiemarkt schärft. Der Grund, warum uns das jetzt so stark trifft, wenn Putin nach Belieben am Gashebel dreht: Bei der Energiewende haben wir viel zu lange geschlafen. Htten wir Erneuerbare ausgebaut, wären wir jetzt

nicht immer noch abhängig von – teurer, klimazerstrender – fossiler Energie, und damit vom russischen Gas. Dazu kommt, dass es bei der Energiekrise nicht nur Verliererinnen und Verlierer gibt, sondern auch Gewinnerinnen und Gewinner, die die Teuerung weiter anheizen. Allen voran große Stromversorger und Mineralölkonzerne, die momentan enorme Übergewinne einfahren, auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten. Klimakrise, Energiekrise und Teuerungskrise sind also eng miteinander verzahnt.

Bildungskurier: Ein „Weiter so und durch!“ scheidet als Lösung ja aus, das würde der Planet nicht mitmachen. Auch das Setzen auf rein technische Verbesserungen hilft wohl nur unzureichend. Wie müssen Gesellschaft und Wirtschaft umorganisiert werden, um krisenfrei weiterleben zu können?

Blaha: Die Energiegewinnung müssen wir schleunigst umstellen: erneuerbar statt fossil. Ausreichen wird das aber nicht. Ganz abgesehen davon, dass wir die Energiewende nicht von einem auf den anderen Tag hinbekommen. Darum, Energie einzusparen, werden wir also nicht herkommen. Das heißt konkret: Häuser müssen renoviert und gedämmt, Heizungssysteme getauscht und Industrie und Verkehrssystem nachhaltig umstrukturiert werden – und das nicht erst in zehn, 20 Jahren. Dazu braucht es klare politische Ansagen, den Mut, Ge- und Verbote auszusprechen. Mit dem Aufruf zur Eigenverantwortung – bei Tempo 100 auf der Autobahn, beim Gassparen – kommen wir nicht weiter. Einerseits, weil etwa eine Mieterin ihre Heizung nicht einfach tauschen kann, auch wenn sie es möchte. Andererseits, weil dann jene, die sich klimaschädliches Verhalten leisten können, weitertun wie bisher, während die anderen in einer kalten Wohnung sitzen. Tatsächlich müssen wir uns darauf einstellen, dass mit der Teuerung der Ku-

IM INTERVIEW



Barbara Blaha

ist eine sterreichische Autorin, Gründerin des Politikongresses Momentum und des Thinktanks Momentum Institut sowie Herausgeberin des dazu gehörigen Moment Magazin.

chen kleiner wird. Aber nicht für alle gleich. Die einen verarmen, während die anderen vielleicht hier und da auf ein bisschen Luxus im Alltag verzichten müssen. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, darauf zu achten, dass der restliche Kuchen gerecht verteilt wird. Das heißt auch, dass es eine nachhaltige Finanzierung braucht – sowohl für die akuten Maßnahmen gegen die Teuerung als auch für längerfristige Investitionen in eine klimagerechte Zukunft. Einen Teil davon sollte sich die Regierung bei den Krisengewinnerinnen und -gewinnern abholen, mit einer bergewinnsteuer. Nachhaltigen Spielraum gibt es bei vermögensbezogenen Steuern: Die Krisenbekämpfung finanzieren – ohne an anderen Enden zu kürzen – können wir nur, wenn wir Unternehmen, Vermögen und Erbschaften endlich angemessen besteuern.

„Die Krisenbekämpfung finanzieren – ohne an anderen Enden zu kürzen – können wir nur, wenn wir Unternehmen, Vermögen und Erbschaften endlich angemessen besteuern.“

Bildungskurier: Derzeit scheint sich ja alles nur um das Abwehren von Krisen zu drehen. Gibt es eigentlich auch positive Perspektiven?

Blaha: Dass wir jetzt vor der Herausforderung stehen, diese Krisen lösen zu müssen, heißt auch, dass wir vor der Möglichkeit stehen, unsere Gesellschaft fairer und umweltfreundlicher zu gestalten. Schon bei der Coronakrise wurde immer wieder gefragt: Wann geht es endlich wieder zurück zur Normalität? Aber diese „Normalität“ war für Viele nicht so rosig. Normal war etwa enorme Ungleichheit. Das reichste Zehntel besitzt die Hälfte des gesamten Vermögens, die ärmere Hälfte der Österreicherinnen und

Österreicher hat praktisch nichts. Auch in der Klimakrise sind wir schon mit-tendrin gesteckt. Dass die Politik jetzt also gezwungen ist, zu handeln, umzu-gestalten, ist durchaus positiv – wenn sie richtig ansetzt. Effektiver Klimaschutz heißt zum Beispiel, dass wir nicht mehr aufs Auto angewiesen sind, weil uns öf-fentlicher Verkehr überall von A nach B bringt. Oder dass unsere Rechnungen niedriger werden durch günstige erneu-erbare Energie.

Bildungskurier: Irgendwo müssen wir mit dem Umbau ja anfangen. Welche politischen Konflikte müssen jetzt sofort geführt werden?

„Bei der Klimakrise können wir uns nicht mehr leisten, weiter darüber zu streiten. Klimaschutz kostet. Wir müssen handeln.“

Blaha: Bei der Klimakrise können wir uns nicht mehr leisten, weiter darüber zu streiten. Klimaschutz kostet. Wir

müssen handeln: Windräder, wo geht, auf jedes Haus ein Solardach, Gashei-zungen raus, öffentlichen Verkehr hoch-

„Alle Sozialleistungen sollten deutlich erhöht werden und in Zukunft mit der Teuerung mitwachsen.“

schauben. Während wir hier umbauen, gilt es jene zu schützen, die die Krisen gerade besonders hart treffen, die nicht noch mehr zurückstecken können – und das nachhaltig. Dafür sollten alle So-zialleistungen deutlich erhöht werden und in Zukunft mit der Teuerung mit-wachsen.

„Dass wir jetzt vor der Herausforderung stehen, diese Krisen lösen zu müssen, heißt auch, dass wir vor der Möglichkeit stehen, unsere Gesellschaft fairer und umweltfreundlicher zu gestalten.“



Pandemie: Kollateralschaden Jugend

Im Laufe der Covid-19-Pandemie haben junge Menschen gesundheitlich weit weniger unter den Folgen der Viruserkrankung selbst als unter den begleitenden Maßnahmen gelitten.

KARIN LEITNER

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, wie Social Distancing und Home-Schooling und damit oft verbunden Konflikte Zuhause, haben bei vielen Jugendlichen tiefe Spuren in ihrer Psyche hinterlassen. Weitere Krisen, wie die Klimaerwärmung, der Ukraine-Krieg und die Teuerungswelle, haben die Situation zusätzlich verschärft. Gleichzeitig fehlt es zu oft an leistbarer und niederschwelliger Unterstützung. Wer sich dann keine Wahltherapeutin bzw. keinen Wahltherapeuten leisten kann, ist auf sich allein gestellt.

SORA-Studie: 29.500 junge Menschen in Oberösterreich bräuchten psychosoziale Unterstützung

Eine aktuelle SORA-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich¹ zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher:innen während der Pandemie belegt, dass so die traurige Realität in unserem Bundesland aussieht: Ein gutes Drittel der Befragten bis 25 Jahre berichtete im März 2022 von Suizidgedanken an einzelnen Tagen der letzten Wochen. 70 Prozent der Jugendlichen litten unter Hoffnungslosigkeit und unkontrollierbaren Sorgen. Ebensoviele hatten die Befürchtung, nachhaltig den Anschluss an das Leben verloren zu haben. Leis-



tungs- und Prüfungsdruck machten ihnen mit Abstand am meisten zu schaffen.

Dabei fühlten sich zwei Drittel von den öffentlichen Einrichtungen, allen voran den Schulen, im Stich gelassen. 41 Prozent gaben Bedarf an Unterstützung betreffend ihrer psychischen Gesundheit an – das sind rund 29.500 junge Menschen in Oberösterreich. Vier von zehn Hilfesuchenden konnten keine Hilfe in Anspruch nehmen, vor allem wegen fehlender Informationen oder zu hoher Kosten.

Versorgungsmangel führt zu Folgekosten

Niederschwellige, kostenlose psychosoziale Unterstützung vor Ort, wie beispielsweise direkt in den Schulen, ist dringend notwendig. Psychotherapeut:innen

„Niederschwellige, kostenlose psychosoziale Unterstützung vor Ort, wie beispielsweise direkt in den Schulen, ist dringend notwendig.“

warnen davor, dass sich die psychischen Erkrankungen sonst verfestigen und die Erwerbskarrieren der Betroffenen nachhaltig beeinträchtigen, was hohe volkswirtschaftliche Kosten zur Folge hat. Trotz des bekannten Versorgungsmangels blieben Bund und Land Oberösterreich aber bisher, bis auf kleine Alibi-Aktionen, untätig.

Neben der Versorgungsproblematik besteht ein großer demokratiepolitischer Handlungsbedarf: Neun von zehn Jugendliche sahen ihre Bedürfnisse nicht ausreichend in den Covid-Maßnahmen

**Laut einer aktuellen SORA-Studie
leiden 70 Prozent der befragten
Jugendlichen unter Hoffnungslosigkeit
und unkontrollierbaren Sorgen.**

DIE AUTORIN:

Karin Leitner
ist Expertin für Gesundheitspolitik in der Arbeiterkammer Oberösterreich, aktuell mit dem Schwerpunkt psychosoziale Versorgung.



berücksichtigt. Sie wollen, dass man mehr mit ihnen statt über sie redet und auch Lösungen für ihre Situation in Entscheidungen miteinbezieht.

Starke Lobby für Jugendliche gefragt

Bleibt nur die Frage: Ist alles einfach wieder gut, wenn Corona für beendet erklärt wird? Wohl kaum. Die Ärztekammer Wien stellte erst kürzlich in einer Presseaussendung² zutreffend fest, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht erst seit der Pandemie, sondern

**„Der Ruf nach einer starken
Lobby für junge Menschen
und deren Familien ist lauter
denn je – die Sozialdemokratie
kann das leisten.“**

schon jahrelang davor ignoriert wurden. Das Leid der Kinder und ihrer Familien, das durch diese Untätigkeit entsteht, wird bewusst in Kauf genommen. Der Ruf nach einer starken Lobby für junge Menschen und deren Familien ist lauter denn je – die Sozialdemokratie kann das leisten.

¹ Zandonella, Martina und Bernhard Hoser: „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie.“ (Juni 2022)

² Ärztekammer für Wien: „Kinder- und Jugendpsychiatrie: Ärztekammer kritisiert Aussagen des Gesundheitsministers.“ (OTS0023 vom 23. Juli 2022)

Warten auf die Energiewende in Oberösterreich

Auf dem Papier wollen ÖVP und FPÖ die Energiewende beschleunigen. Die Realität sieht anders aus.

THOMAS ANTLINGER

Eine Sonntagsrede ist eine bei feierlichen Anlässen gehaltene schöne Rede mit großen, der Realität meist nicht standhaltenden Worten. So steht es im Duden. Wenn es um die Energiewende in Oberösterreich geht, so halten ÖVP und FPÖ meist genau diese Sonntagsreden. Das „Land“ wird gelobt, wie viel es nicht für Nachhaltigkeit und Klimaschutz tut und eine Worthülse reiht sich an die nächste. Doch wie sieht es eigentlich wirklich mit der Energiewende in Oberösterreich aus?

Oberösterreich hat einen großen Vorteil: Die Donau, die Enns, der Inn im Grenzgebiet und viele weitere kleinere Gewässer bieten die Möglichkeit, Energie aus Wasserkraft zu gewinnen. Gemeinsam mit Biomasse, Wind- und Solarenergie werden aber laut Energiesparverband trotzdem erst etwas mehr als 30 Prozent der in Oberösterreich verbrauchten Energie aus umweltfreundlichen Energieformen gewonnen.

Liefer- und Leitungsprobleme bei Photovoltaik

Mit der „Photovoltaikstrategie 2030“ versuchen Landeshauptmann Stelzer und Landesrat Achleitner zumindest auf dem Papier, die Energiewende zu beschleunigen. In der Realität zeigt sich aber ein anderes Bild. Vor allem die gestiegenen Energiepreise, verstärkt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, haben die Nachfrage nach privaten Photovoltaikanlagen rapide steigen lassen. Sollte man in diesen Tagen das Glück haben, bei einer Installationsfirma einen Montagetermin zu bekommen, steht man oft vor zwei weiteren Problemen: Erstens hat Österreich bei Photovoltaik-Modulen denselben Fehler begangen wie bei Gas: Anstatt das Knowhow im eigenen Land zu nutzen, haben wir uns in eine Abhängigkeit von anderen (konkret China) begeben. Das Resultat ist, dass Module monatelang nicht lieferbar sind. Zweitens fehlt

es in Oberösterreich vielerorts an der nötigen Leitungsinfrastruktur.

Die Zeit drängt: Aufgrund langer Investitionszyklen im Bereich der Netzinfrastrukturen und der Industrie müssen die Planungen jetzt erfolgen, damit die Investitionen möglichst rasch zum Erreichen der Klimaziele beitragen können und Wertschöpfung bzw. Beschäftigung auch in Zukunft gesichert sind.

Alle bei der Energiewende mitnehmen

Klar ist auch: Die Energiewende und der Klimaschutz dürfen nicht auf Kosten von Arbeitnehmer:innen und Menschen, die in sozioökonomisch schwierigen

„Die Energiewende und der Klimaschutz dürfen nicht auf Kosten von Arbeitnehmer:innen und Menschen, die in sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen leben, gehen.“

Verhältnissen leben, gehen. Um die Energiewende zu schaffen und somit auch den Industriestandort Oberösterreich zu erhalten und in eine ökologi-

DER AUTOR:

Thomas Antlinger ist Klima-, Umwelt- und Energiesprecher im SPÖ Landtagsklub Oberösterreich und Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Grieskirchen und Eferding.

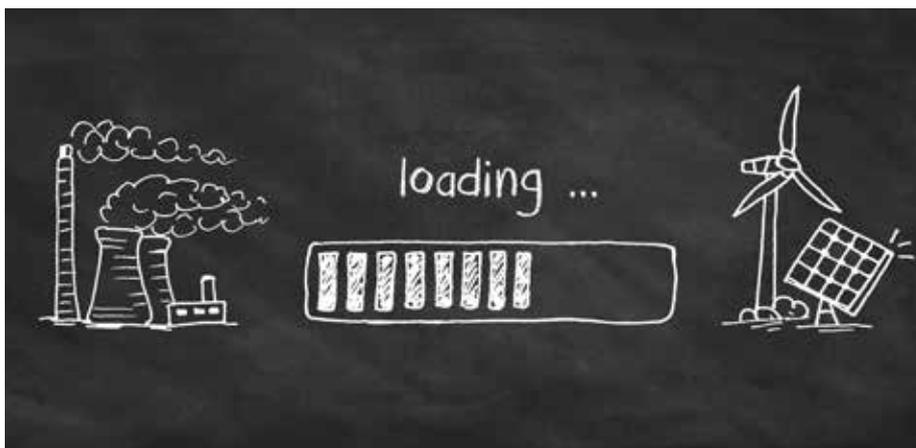


Foto © Volker Wehbold

sche Zukunft zu führen, braucht es die Unterstützung der Politik. Daher hat der SPÖ Landtagsklub auch im März dieses Jahres einen Klima- und Sozialfonds für Oberösterreich gefordert, mit dem klaren Ziel, alle Oberösterreicher:innen bei der Energiewende mitzunehmen. Leider wurde dieser Vorschlag von ÖVP und FPÖ abgelehnt – hier schließt sich der Kreis zu den eingangs erwähnten Sonntagsreden.

Der große Sprung bei der Energiewende lässt in Oberösterreich noch auf sich warten. Obwohl wir die Antworten für die Menschen und die Arbeitsplätze in Oberösterreich schon längst bräuchten.

Nur etwa 30 Prozent der in Oberösterreich verbrauchten Energie wird aus umweltfreundlichen Energieformen gewonnen.



Wie die ÖVP-Krise zur Krise für alle wird

Die skandalgebeutelte ÖVP konzentriert sich auf sich selbst, statt Politik für die Menschen zu machen.

ŽARKO JANKOVIĆ UND THERESA SCHOBESBERGER

Die ÖVP taumelt seit Monaten nicht nur auf Bundesebene von einem Skandal zum nächsten. Unter dieser Selbstbeschäftigung leiden vor allem die Menschen in (Ober)österreich, die gerade jetzt eine Politik brauchen, die sich um ihre Anliegen kümmert.

„Die ÖVP taumelt seit Monaten nicht nur auf Bundesebene von einem Skandal zum nächsten. Unter dieser Selbstbeschäftigung leiden vor allem die Menschen in (Ober)österreich.“

Elf Monate sind seit der Landtagswahl in Oberösterreich vergangen, nach der sich ÖVP und FPÖ erneut zusammenschlossen, um das Land untereinander aufzuteilen. Trotz Verlusten der „Regierungskoalition“, rissen Volkspartei und Freiheitliche im Anschluss noch mehr Macht und Budgets an sich. Jedoch nicht, um dringend notwendige Maßnahmen zum Schutz und Wohl der Oberösterreicher:innen umzusetzen. Das Ziel ist und war immer eines: Macht, um der Macht willen.

Anders ist nicht zu erklären, dass Oberösterreich nach wie vor das einzige Bundesland ist, das kein eigenes Paket zur Eindämmung der Teuerung vorge stellt hat. Es gibt auch so gut wie kein Konzept zur Frage, wie wir unsere Schulen und Kindergärten über den kommenden Corona-Herbst bringen werden. Und auch in vielen weiteren Bereichen, von Öffis bis Pflege-Notstand, sind Stelzer und Haimbuchner säumig.

ÖVP blockiert sinnvolle Maßnahmen

So beispielsweise, wenn es um Oberösterreichs baufällige Schulen geht, die sich wohl auch künftig nicht auf mehr Geld einstellen können. Die Pläne von Landesrätin Haberlander sehen für 2022 bis 2024 insgesamt 68 Millionen Euro für das „Schulbauprogramm“ vor. Das sind nur 22,6 Millionen Euro pro Jahr und damit noch einmal eine halbe Million weniger als im letzten Jahr. Seit 2014 hat sich das jährliche Budget für die Sanierung baufälliger Schulen somit um über zwei Millionen Euro verringert, obwohl die Baukosten um über 40 Prozent gestiegen sind. Hier wird eine Kürzung als großer Wurf verkauft.

Nicht nur fehlt es der ÖVP an eigenen Ideen: Sinnvolle Maßnahmen werden blockiert, wenn sie von „der

„Nicht nur fehlt es der ÖVP an eigenen Ideen: Sinnvolle Maßnahmen werden blockiert, wenn sie von ‚der Opposition‘ kommen.“

Opposition“ kommen. So ist aufgrund der Teuerung die Zahl der Menschen, die in Sozialmärkten einkaufen müssen, um ein Drittel gestiegen. Die Auslastung ist seit Monaten alarmierend, sodass die Märkte selbst Lebensmittel zukaufen müssen, um den Andrang zu bewältigen. Einen SPÖ-Antrag auf eine Sozialmarkt-Million zur Erhaltung dieser wichtigen Einrichtungen lehnten ÖVP und FPÖ im Landtag ab.

DIE AUTOR:INNEN:

Žarko Janković und **Theresa Schobesberger** arbeiten in der Kommunikationsabteilung der SPÖ Oberösterreich.



Die Volkspartei ist mit sich selbst beschäftigt

Dabei hat gerade die österreichische Volkspartei schon bessere Zeiten erlebt und täte gut daran, sich endlich um die Belange der Bevölkerung zu kümmern. Türkische Minister:innen-Rücktritte am laufenden Band, Korruptionsermittlungen gegen Parteigranden und nur zögerliche Hilfsmaßnahmen gegen die Rekord-Teuerung – kein Wunder, dass die ÖVP aus ihrem Umfrage-Tief nicht herauskommt.

Das lässt sich freilich auch in Oberösterreich beobachten. Statt zu arbeiten, ist die ÖVP in erster Linie damit beschäftigt, die eigenen Skandale und Affären unter den Teppich zu kehren. So sitzt einer der mächtigsten oberösterreichischen ÖVP-Politiker in Wien: August Wöginger, Klubobmann des türkisen Parlamentsklubs. Im Februar 2022 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft wegen Anstiftung zum Amtsmissbrauch gegen ihn ermitteln will. Hintergrund: 2017 suchte das Finanzamt Braunau-Ried-Schärding einen neuen Vorstand. Eine qualifizier-

tere Bewerberin wurde mutmaßlich übergeben, um einen ÖVP-Bürgermeister in den Vorstandsposten zu heben. Wöginger soll interveniert haben, es gilt die Unschuldsvermutung.

Aufträge für Rechtsextreme

Immer wieder kommt in Oberösterreich auch ans Tageslicht, dass Landesgelder an Personen aus der rechten Szene fließen. Nicht nur Landesregierungsmitglieder der FPÖ, auch ÖVP-Landesrät:innen haben in Oberösterreich Aufträge an die Werbeagentur eines bekannten Rechtsextremen vergeben. Das wurde im April bekannt. Der rechtsextreme PR-Guru Stefan Magnet war unter anderem im Führungskader des einst vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands als neonazistisch eingestuftes Bundes freier Jugend aktiv. Zwischen 2012 und 2020 beauftragten damalige ÖVP-Landesregierungsmitglieder Magnets Agentur mit mehr als 19.000 Euro.

Chef der Parteizeitung wird Landes-Pressechef

Ein weiteres Gustostückerl: Das Land Oberösterreich hat im März mit

Christian Haubner ausgerechnet den Chef der ÖVP-Parteizeitung „Volksblatt“ zum neuen Leiter der parteiunabhängigen Presseabteilung des Landes bestellt. In der für die Bestellung verantwortlichen Personalkommission saßen ehemalige Mitarbeiter:innen von ÖVP-Regierungsmitgliedern.

Ebendieses „Volksblatt“ erhält von der Stelzer-Landesregierung im Verhältnis zur Auflage drei Mal mehr Inseratengelder als andere Medien. Für Corona- und Wahl-Kampagnen kassierte das ÖVP-Blatt fast fünf Euro an Inseratengeld pro Ausgabe. Zum Vergleich: Die „Kronen-Zeitung“ bekam rund 1,69 Euro pro Ausgabe, die „Oberösterreichischen Nachrichten“ 1,93 Euro.

Interventionen für Freunde

Auch Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer taucht in den brisanten Nachrichten auf. Er chattet zwar nicht selbst, soll aber „für Kupfmüller interveniert“ haben, wie der damalige Finanzminister Hans-Jörg Schelling an seinen Kabinettschef Thomas Schmid schreibt. Klaus Kupfmüller ist mit Stelzer gut befreundet. Zum Zeitpunkt der Chat-Nachricht stand die Wiederbestel-

lung der beiden Vorstände der österreichischen Finanzmarktaufsicht an. Wenig später wurde Stelzer-Freund Klaus Kupfmüller wiederbestellt.

Ablenken, wegducken, Deckel draufhalten

Einige Vorfälle in dieser unvollständigen Liste reichen für sich alleine, um ein politisches Erdbeben und Rücktritte auszulösen. Aber an einer ernsthaften Aufarbeitung und Aufklärung ist die Volkspartei sichtlich nicht interessiert. Stattdessen heißt es ablenken, wegducken und den Deckel auf den Topf halten, so lange es nur geht. Dies mag die Frage vieler beantworten, was die Landeshauptmann-Partei denn überhaupt macht, wenn sie schon nicht für die Oberöreicher:innen arbeitet: Sie ist mit sich selbst beschäftigt. Zum Schaden der Bevölkerung.

Ablenken, wegducken und den Deckel auf den Topf lautet die Devise der ÖVP, wenn es darum geht, die eigenen Skandale und Affären unter den Teppich zu kehren.



SPÖ Frauen OÖ

Mein Körper, meine Entscheidung! Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht.

Schwangerschaftsabbrüche sind ein Zeichen der Selbstbestimmung. Gesetzliche Verbote verhindern weder Schwangerschaftsabbrüche noch verringern sie die Häufigkeit. Sie drängen Frauen lediglich in den Untergrund oder zwingen sie, ins Ausland zu reisen, um Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erhalten. Oftmals werden Schwangerschaftsabbrüche auch aufgrund von Vergewaltigung, fehlender finanzieller Mittel und von Minderjährigen benötigt. Das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, wurde von zahlreichen Frauen hart erkämpft. Doch auch in Österreich ist der Abbruch der Schwangerschaft bis heute lediglich straffrei gestellt, aber immer noch ein Tatbestand im Strafrecht. International gibt es stark konservative Tendenzen, den Frauen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen unmöglich zu machen. Die Entscheidungen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper in den USA und Polen sowie der Austritt der Istanbul Konvention in der Türkei sind besorgniserregend und nicht hinzunehmen. Bis heute gibt es konservative Kräfte, die das Menschenrecht des Schwangerschaftsabbruchs in Frage stellen oder gar beseitigen wollen. So auch die „PRO LIFE TOUR“, die derzeit durch Österreich reist und die Ansicht vertritt, dass Frauen nicht selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden dürfen.



Foto © MecGreenie Production

Gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Oberösterreich, Sozialistischen Jugend Linz, VSSTÖ Linz, AKS Linz und dem Frauen*Volksbegehren protestieren die SPÖ Frauen Oberösterreich FÜR das Recht auf Abtreibung und Selbstbestimmung und GEGEN die konservativen Ansichten des „Vereines Jugend für das Leben“ und anderen Abtreibungsgegner*innen.



VERANSTALTUNGSHINWEIS

Theaterstück von Florian Haderer: „Pfeift“

Das Stück wurde anlässlich des 150. Geburtstages von Maria Beutlmayr geschrieben und zeichnet den Weg nach, wie aus der ledigen Tochter einer Magd eine bedeutende Arbeits- und Frauenrechtlerin wird, die dann zum Höhepunkt ihrer politischen Arbeit als erste Frau überhaupt im oberösterreichischen Landtag eine Rede hält.

Mittwoch, 2. November 2022, 19:30 Uhr
Central Linz, Landstraße 36 4020 Linz

Wir bitten um Anmeldung bis zum 26. Oktober unter: laura.wiednig@spoe.at

Erratum - Danke an Christian Horner, der uns auf einen Fehler in der Ausgabe des Bildungskurier Juni 2022 aufmerksam gemacht hat. Er schreibt uns: „Beim sehr gelungenen Interview mit Paul Mason hats mich 2x ein wenig gerissen. Der Kapitol-Sturm in den USA war am 6. Jänner 2021, nicht 2020. Sorry!“ Uns tut es leid!

Renner Institut

Aktualisiert – der Steuerleitfaden für Gemeinderät*innen

Das Renner Institut OÖ hat den „Leitfaden Steuererklärung“ für Funktionär*innen, Gemeinderät*innen und Mandatar*innen überarbeiten und aktualisieren lassen. Die Veränderungen in der Gesetzgebung sind nun berücksichtigt und erleichtern es alljenen, die politisch arbeiten und eine Aufwandsentschädigung erhalten, ihre Ausgaben und Kosten beim Finanzamt richtig anzugeben. Der Leitfaden bündelt die häufigsten Fragen, gibt Tipps und praktische Anleitungen.

Der Leitfaden Steuererklärung kann jederzeit im Renner Institut angefordert werden (alexandra.shala@spoe.at) und ist auf der Serviceplattform des GVV einsehbar.

Über 10.000 Funktionär*innen und Mandatar*innen arbeiten in Oberösterreich für die SPÖ. Die meisten unentgeltlich, für jene, die dafür eine Form der Bezahlung erhalten, gibt es den aktuellen Steuerleitfaden.



Sozialistische Jugend OÖ

Keine Profite mit der Miete!

Sozialistische Jugend startete Kampagne für mehr leistbaren Wohnraum.

Wohnen ist ein Menschenrecht, dennoch ist für viele ein passender Wohnraum nicht leistbar und der Traum von den eigenen vier Wänden bleibt bei vielen jungen Menschen nur ein Traum. Während die aktuelle Teuerung und die steigenden Mieten viele zum Verzweifeln bringen, erwirtschaften

Konzerne und Reiche Millionengewinne. Zusätzlich werden Wohnungen bewusst nicht vermietet und stehen über Jahre hinweg leer. Sie dienen als reines Spekulationsobjekt und treiben die Mietpreise noch weiter nach oben.

Der Markt hat also schon längst versagt. Wohnen muss endlich der kapitalistischen Marktlogik entzogen werden. Es braucht mehr Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand und von Genossenschaften. Bis es so weit ist muss aber leistbarer Wohnraum für alle geschaffen werden. Dazu braucht es eine Mietzinsobergrenze, eine Abgabe auf Leerstand und Zweitwohnsitze und Startwohnungen für junge Menschen.



Auftaktaktion der Kampagne
„Keine Profite mit der Miete“ vorm
oberösterreichischen Landhaus.

Renner Institut: Bildungsprogramm 2022/2023

Reden wir wieder miteinander!

Die letzten Jahre haben Verhaltensänderungen in der Gesellschaft hervorgebracht, mit denen wir einen konstruktiven Umgang finden müssen. Vielen fällt es in/nach der Pandemie schwerer, sich in Gemeinschaft zu engagieren und erneut Verbindlichkeiten einzugehen. Wir sehen das in Vereinen u.ä. genauso wie in der SPÖ. Deshalb ist „Kommunikation“ auf unterschiedlichen Ebenen ein wesentliches Thema des vorliegenden Bildungsprogrammes. Von „Reden im Gemeinderat“ über „Selbst-bewusst führen“ über Krisen-Kommunikation bis zum Management von Ehrenamtlichen wenden wir uns nach einer Welle von Social Media-Weiterbildungen verstärkt der „Face-to-Face“-Kommunikation zu.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Medienkompetenz, die Inhalt der Denkwerkstatt 2023 ist. In Zeiten von offensichtlicher und raumgreifender Desinformation ist es für den Erhalt der Demokratie unerlässlich, sich mit der Logik der Medien auseinanderzusetzen. An drei Tagen im April ist dies mit kompetenten Referent*innen aus der Branche online möglich. Die Denkwerkstatt eröffnet damit eine Plattform für weitere grundsätzliche Debatten innerhalb der Sozialdemokratie zum Thema Medien.

Zeit – ein unentbehrlicher Faktor für Engagement und bürgernahe Politik. Damit den aktiven Funktionär*innen nicht die Luft ausgeht, bieten wir sowohl Zeitmanagement als auch ein probates Planungswerkzeug für Aktivitäten der SPÖ im Jahresverlauf an. Hier schließt sich der Kreis: Ohne entsprechende Zeitressourcen ist menschenorientierte Kommunikation nicht möglich.

Gemeinsam mit den Lehrgängen des Renner Institutes OÖ, die den entsprechenden Zielgruppen besonders ans Herz gelegt werden, steht einer kommunikativen und funktionsbegleitenden Weiterbildung nichts im Wege.



Anmeldung zu den Seminaren und Workshop direkt über Bildungsprogramm | Renner Institut Oberösterreich (spoe.at). Das RI Bildungsprogramm kann gern bei Alexandra Shala (alexandra.shala@spoe.at oder 05/7726 1116) angefordert werden.



SECHSTES INTERNATIONALES MENSCHENRECHTE SYMPOSIUM

3.-6. UND 9. NOVEMBER 2022

IN DER BEWUSSTSEINSREGION

MAUTHAUSEN – GUSEN – ST. GEORGEN

” THEMENSCHWERPUNKT
VERBOT DER FOLTER.

Alle Infos auf menschenrechtessymposium.eu

